



Mark Helfrich, MdB

frischer Wind in Berlin

April 2017

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Wahljahr 2017 hätte für uns nicht besser starten können: Über 40 Prozent für die CDU im Saarland sind wirklich ein tolles Ergebnis! Gleichzeitig müssen wir als Union jetzt aufpassen, dass wir uns nicht in falscher Sicherheit wiegen. Ja, die Saarland-Wahl war eine Personenwahl. Und ja, das wird auch im Bund so sein. Aber Anngret Kramp-Karrenbauer ist nicht zuletzt mit ihrem Verbot türkischer Wahlkampfauftritte in ihrem Bundesland kämpferisch und mit klaren Positionen aufgetreten. Das kann und sollte Vorbild für den Bundestagswahlkampf sein. Martin Schulz ist entzaubert – dieses Signal ist für alle CDU-Wahlkämpfer in diesem Jahr wichtig. Der Schulz-Hype der SPD schlägt sich offensichtlich nicht zwangsläufig in Wahlergebnissen nieder. 100 Prozent Zustimmung – und 100 Prozent inhaltslos: das ist Martin Schulz.

Die Innere Sicherheit ist seit Jahrzehnten ein zentrales Kernanliegen der Union. Dass die Union auch weiterhin zu ihrer Überzeugung in diesem Bereich steht, zeigen zwei aktuelle Beispiele der Bundespolitik.

Wir haben einen Gesetzentwurf beraten, durch den die Abschiebung von ausreisepflichtigen Ausländern erleichtert werden soll. Diejenigen, von denen ein erhöhtes Sicherheitsrisiko ausgeht, können zukünftig leichter in Abschiebehaft genommen oder vor ihrer Abschiebung stärker überwacht werden. Ziel des Gesetzes ist es, die wahre Identität von Asylbewerbern sicher festzustellen, Abschiebungen konsequent durchzusetzen und die Bürger

besser vor terrorverdächtigen Gefährdungen zu schützen. Schließlich ist es nicht zu viel verlangt, dass man Namen und Herkunft korrekt angibt, wenn man bei uns Schutz erhalten will. In einem Rechtsstaat können wir es nicht hinnehmen, dass Asylbewerber wahllos verschiedene Identitäten angeben. Das Gesetz hätten wir allerdings schon viel früher haben können. Unser Koalitionspartner blockierte das Gesetz jedoch bis zum Anschlag in Berlin. Jetzt kommt es auf die rot-grün-regierten Bundesländer an. Sie dürfen sich nicht weiter aus der Verantwortung stellen und müssen konsequenter abschieben.

Unterstützung kommt auch seitens des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig. Es hat die Länder mit einem Urteil ermutigt, gewaltbereite Islamisten rascher abzuschicken – auch wenn diese bereits ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland haben. Dies hätte man - auch im Fall Anis Amri - schon längst auf Grundlage des § 58 a Aufenthaltsgesetz tun können. Das Gesetz erlaubt Abschiebungen zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik. Im Falle von Terrorgefahr ist „Abschieben“ einfach. Die Richter stellten fest, dass die Hürden in diesem Fall niedriger sind als in einem Strafverfahren oder im Recht der Gefahrenabwehr. Die vom Ausländer ausgehende Gefahr muss nicht die Schwelle einer konkreten Gefahr überschreiten. Es genügt schon jedes „beachtliche Risiko“ von Radikalisierung und Gewaltbereitschaft.

Im Koalitionsausschuss Ende März haben wir uns endlich mit der SPD auf

härtere Strafen für Einbruchsdiebstahl einigen können. Die Tat wird künftig als Verbrechen eingestuft, die Mindeststrafe soll ein Jahr Haft betragen. Dies soll unter anderem verhindern, dass Verfahren gegen Einbrecher rasch wieder eingestellt werden. Zudem wird den Ermittlungsbehörden auch die Überwachung der Verbindungsdaten der Telefongespräche von Tatverdächtigen ermöglicht, um so die Aufklärungschancen deutlich zu erhöhen.

Ich wünsche Ihnen und Euch ein frohes und gesegnetes Osterfest!

Ihr/Euer

Mark Helfrich





aus dem **Wahlkreis**

Unfallvermeidung im Bahnhof Meldorf

Das Thema Sicherheit im Bahnhof Meldorf war Gegenstand eines Vor-Ort-Termins mit Vertretern der für Dithmarschen zuständigen Bundespolizeiinspektion Flensburg. Im Bahnhof Meldorf häufen sich Zwischenfälle, bei denen Passanten nicht den vorgeschriebenen Weg durch den Fußgängertunnel nehmen, sondern über die Bahngleise laufen. Dadurch entstehen nicht nur lebensgefährliche Situationen für die Überquerenden selbst. Sie gefährden auch

die Sicherheit der Bahnreisenden sowie des Zugpersonals, wenn Züge Schnellbremsungen einlegen müssen. Die Vertreter der Bundespolizei sicherten zu, im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten auch weiterhin regelmäßig Kontrollen am Bahnhof durchzuführen. Fest steht jedoch auch, dass die Stadt zusammen mit der Deutschen Bahn eine bauliche-organisatorische Lösung finden muss. Hierbei werde ich beide nach Kräften unterstützen.



Kampf gegen Störverschlickung

Anfang März habe ich an einem Treffen zum Thema Störverschlickung teilgenommen. Anwesend waren Vertreter von Steinburger Unternehmen, aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Hintergrund des Treffens war, dass sich die Schifffahrt des Flusses durch Schlickablagerungen zu verschlechtern droht. Das kann für diverse ortsansässige Unternehmen schnell zum Problem wer-

den: Für sie ist der funktionierende Verkehr über den Wasserweg überlebenswichtig. Für mich ist die Stör eine für unsere Region wichtige Wasserstraße. Ihre Schifffahrt muss daher mindestens auf derzeitigem Niveau erhalten werden. Ziel muss es sein, Baggermaßnahmen zur Beseitigung des Schlicks auch „auf Vorrat“ durchzuführen und die Stör bis zur Peters-Werft in Wewelsfleth angemessen zu vertiefen.

Arbeitstreffen mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr

Die Lärmbelastung durch die A 23. Die von der Stadt Brunsbüttel geforderte Kreisellösung am Knotenpunkt der B5/L 138 in Brunsbüttel. Das Umleitungsgeschehen in Folge des B5-Ausbaus und daraus resultierende Ausweichverkehre. Die morgendliche Rückstausituation am B5-Kreisel in Heiligenstedten – das waren einige regionale Infrastrukturthemen, die ich bei meinem Treffen mit dem

Leiter des Landesbetriebes Straßenbau, Kai-Uwe Schacht, und seinem Team besprochen habe. Hintergrund des Gesprächs waren Anfragen von Bürgern und Kommunalpolitikern, die mich zuvor zu diesen Themen erreicht hatten. Der konstruktive Austausch brachte zwar noch keine fertigen Lösungen, aber die Zusage, an den identifizierten Baustellen gemeinsam weiterzuarbeiten.